Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 16. Fernspr.-Sammelnr. 3054. / Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Barres. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 23 | Montag, den 23. Januar | Jahrgang 1928

Dr. Curtius über die Reichsreform.

◆ **Mannheim**, 22. Jan. Im Rahmen einer Veranstaltung des Landesverbandes Baden der Deutschen Volkspartei sprach Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius heute über die gegenwärtige politische Lage. Er wies zunächst auf die erfreuliche Einmütigkeit der Ländervertreter gelegentlich der Länderkonferenz über die Notwendigkeit einer Reform im Verhältnis zwischen Reich und Ländern hin. Man dürfe nicht annehmen, daß es sich hier um Probleme zwischen Reich und süddeutschen Staaten handele, sondern einzig und allein um das Problem Reich und Preußen. In der Deutschnationalen Volkspartei sei der preußische Partikularismus verkörpert, während in der Bayrischen Volkspartei der bayrische Partikularismus wurzele, welche beiden Richtungen sozusagen um die beiden Pole Unitarismus und Föderalismus kreisen. Man habe sich zur Fortsetzung der Konferenz im Verfassungsausschuß des Reichsrates als paritätischer Grundlage der Verhandlungsführung geeinigt. Man hoffe damit gleichzeitig eine Brücke zu schlagen zu dem neuerdings ins Leben getretenen Bund zur Erneuerung des Reiches.

Der Redner verwies dann auf das Reichsschulreformgesetz und die Kämpfe, die in diesen Fragen zwischen Reichsregierung und preußischer Regierung stattgefunden haben. Er sei der Ueberzeugung, daß weitere Konflikte nur durch eine völlige Verschmelzung der preußischen Regierung mit der Reichsregierung vermieden werden können. Kompromisse in der Form, daß z. B. der Reichskanzler zugleich preußischer Staatspräsident sei, könne er nicht gutheißen. Die Form des Bismarckschen Reiches könne ebenfalls nicht mehr in Frage kommen, da es ja schließlich nichts anderes gewesen sei als eine preußische Hegemonie. Eine bedeutende Rolle spiele dabei das stark ausgeprägte Eigenleben mancher preußischer Provinzen. Günstiger liege die Sache bei den südlichen Staaten. Eine eventuelle Vereinigung zwischen Baden und Württemberg auf preußischer Seite ins Auge gefaßt habe Preußen würde in einem solchen Falle dem neuen Gebilde Hohenzollern als Morgengabe schenken. Man dürfe sich überhaupt auf die Schlagworte von Eigenstaatlichkeit und Souveränität nicht mehr festlegen.

Preußens praktische Verwaltungsreform.

Gelegentlich einer Unterhaltung mit einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes" machte der preußische Innenminister Grzesinski Mitteilungen über Preußens Verwaltungsreform. Nach einem Hinweis auf die bereits erfolgte Verwaltungsvereinfachung durch Zusammenlegung von Stadtgemeinden wird angekündigt, daß die Hauptarbeit des Jahres 1928 dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk gelten werde. Das Prinzip, möglichst Kreise mit voller Selbstverwaltung, also Stadtkreise zu schaffen, bleibt nach den gewonnenen günstigen Erfahrungen gewahrt.

Der Minister erwähnte dann den bekannten Gesetzentwurf über die Umgemeindung im Industriegebiet, durch die Dortmund auf annähernd 470 000 Einwohner komme, die Stadtgemeinde Buer-Gelsenkirchen mit 341 600 Einwohnern gebildet und aus Castrop-Rauxel und Lünen selbständige Stadtkreise werden sollen. Weiter sagte er: Es ist damit zu rechnen, daß diese Reform bereits am 1. 4. 1928 wirksam werden wird. Aehnliche Aufgaben stehen in diesem Jahre den Regierungsbezirk Düsseldorf und den Regierungsbezirk Münster zur Lösung. Beiden Regierungspräsidenten ist am 6. 12. vrs. Js. eine Erlaß des Ministers zugegangen, der sie beauftragt, sofort Vorbereitungen für eine kommunale Neugliederung in Angriff zu nehmen und so zu fördern, daß sie im Laufe des Jahres 1928 abgeschlossen sein können. Sowohl für die Städte wie für die Landkreise soll erreicht werden, daß die neuen Gemeindewesen eine für ihre Entwickelung vollkommend ausreichende Größe und finanzielle Leistungsfähigkeit besitzen. Diese Reformen werden kontinuierlich durch ganz Preußen fortgesetzt werden. Nach einer oberflächlichen Schätzung dürften durch die vorliegenden Ein- und Umgemeindungsvorschläge etwa 1000 Kommunalbeamte eingespart werden. Wesentlicher noch ist die Vereinfachung des Verwaltungsganges.

Die Fragen hinsichtlich der Enklaven und Exklaven liegen schwieriger, da die Enklaven das Dreifache der Exklaven Preußens betragen und die Ablösungen und Kompensationen erhebliche Schwierigkeiten bereiten werden. Die Beibehaltung der Oberpräsidenten erhält der Minister für notwendig.

Ein völkischer „Kampfblock".

✕ **Berlin**, 22. Jan. (Drahtb. unserer Berliner Redaktion.) Wie geschäftliche Firmen, die pleite gegangen sind, zum Zweck des Kundenfanges vielfach einen neuen Laden aufzumachen pflegen, so greifen nach diesem Muster auch manche schwindsüchtige Parteien zu einer Aenderung ihres Schildes. Dieser Vergleich dürfte auch auf den sogenannten völkischen Kampfblock zutreffen, der sich am Sonntag in Berlin etabliert hat. Wie der „Montag-Morgen" mitteilt, sind diesem Sammelsurium banner Schwarz-Weiß-Rot, der nationale Gewerkschaftsbund Deutschlands, die Deutschvölkische Freiheitsbewegung, die Deutschsoziale Partei, die völkische Bauernbewegung und andere „Gruppen" beigetreten. Kampfziel wurden folgende Grundsätze aufgestellt: 1. Kampf für die deutsche Freiheit und gegen die Versklavung, 2. Kampf gegen den kapitalistischen Parlamentarismus, 3. Kampf gegen die Zersetzung des deutschen Volkes und die überstaatlichen Mächte und für die kulturelle Freiheit des deutschen Geistes. Der Block wird bei den kommenden Wahlen im ganzen Reich eigene Listen aufstellen. Ob dieser künstliche Zusammenschluß und dieser Kuddelmuddel den Bankerott der Völkischen aufhalten werden, ist füglich zu bezweifeln.

Das Programm Groeners.

✕ **Berlin**, 22. Jan. (Drahtb. unserer Berl. Redaktion.) Auf Anfrage an besonderer Stelle will der „Montag" von einer dem Reichswehrminister Groener politisch und persönlich nahestehenden Seite über das politische Programm des Ministers Groener folgende authentische Mitteilungen erhalten haben:

„Minister Groener hat mit dem Interesse des alten Offiziers den Aufbau der deutschen Wehrmacht durch Dr. Geßler beobachtet, aber natürlich nur von außen. Man weiß von dem General, daß er kein Freund impulsiver Handlung ist und nur nach sorgfältiger Prüfung entscheidende Entschlüsse faßt. Man wird daher nicht mit irgend einem Systemwechsel zu rechnen haben. Minister Groener ist durch das Vertrauen des Reichspräsidenten in sein Amt gerufen worden, dem er durch gemeinsame Tätigkeit in den Jahren 1918/19 besonders nahesteht. Ihm wird sicher am Herzen liegen, dieses Vertrauensverhältnis zu erhalten. Minister Groener tritt in einem Augenblick seinen Posten an, wo der Haushalt des Reichswehrministeriums bereits den Reichsrat passiert hat und dem Reichstag vorliegt. Er ist also gehalten, die Vorlage der Reichsregierung zu vertreten. Zu den Einzelheiten des Etats Stellung zu nehmen, bedarf es einer eingehenden Vorbereitung. Daher ist wohl auch damit zu rechnen, daß die Beratung dieses Etats wegen des Ministerwechsels an das Ende der Beratungen des Haushaltsausschusses gestellt wird. Fragen grundsätzlicher Art, die zu sofortiger Entscheidung drängen, liegen anscheinend bei der Wehrmachtsverwaltung nicht vor. Die Heeresergänzungsbestimmungen, die bei der ersten Lesung des Etats berührt worden sind, sind soeben erst vom Reichspräsidenten in Kraft gesetzt. Schon aus diesem Grunde könnte an eine Aenderung ihrer Grundlage erst herangegangen werden, wenn die Erfahrung ihre allenfallsige Unzulänglichkeit ergeben sollte.

Maschinengewehre, die niemand haben will.

Das Schicksal der Waffen von St. Gotthard.

● **Wien**, 21. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: Laut einer den hiesigen amtlichen Stellen zugegangenen Mitteilung ist der ungarische Bahnamtsvorstand in St. Gotthard an die dortigen Vertreter der österreichischen Bundesbahnen mit dem Ansinnen herangetreten, die fünf Waggons, die den Gegenstand des bekannten Zwischenfalles gebildet haben, nunmehr rückzuübernehmen. Zur Begründung dieser veränderten Haltung führte er an, daß nach jetziger ungarischer Auffassung nicht erwiesen sei, daß die bahnamtliche Uebergabe der Sendung am 1. Januar stattgefunden habe. Die fünf Waggons selbst stehen seit Donnerstag in St. Gotthard. Die österreichische Stelle in St. Gotthard ist angewiesen worden, die von ungarischer Seite angeregte Rückübernahme zu verweigern, weil die Möglichkeit, die Identität der Sendung festzustellen, für die österreichischen Organe nicht mehr besteht. Inzwischen hat sich die ungarische Regierung an die österreichische Bundesregierung mit dem Ersuchen gewandt, die österreichischen Organe in St. Gotthard möchten angewiesen werden, die erwähnten fünf Waggons rückzuübernehmen. Die Bundesregierung hat auch diesem Ansuchen nicht nachkommen können. Da die in Rede stehenden Waggons sich bereits seit mehreren Wochen auf ungarischem Boden und unter ungarischer Obhut befinden, kann eine nachträgliche Rückübernahme nach so langer Zeit nicht begründet werden.

× **Budapest**, 21. Jan. In einer offiziösen Verlautbarung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbüros über die Angelegenheit der in St. Gotthard entdem Vertreter der österreichischen Bundesbahnen in St. Gotthard mitgeteilt, daß es mit Rücksicht auf den am 17. Januar gemeinsam festgestellten Sachverhalt auf Weisung einer vorgesetzten Behörde nunmehr bereit sei, die fünf Wagen den österreichischen Bundesbahnen zurückzugeben. Der Vertreter der österreichischen Bundesbahnen hat aber die Uebernahme der Wagen am heutigen Tage verweigert. Nachdem über die Ware den Vorschriften gemäß der Aufgeber verfügt, wenden sich die ungarischen Eisenbahnbehörden in der auf diese Weise entstandenen Lage an den Aufgeber der Sendung.

Parlamentsauflösung in Japan.

× **Tokio**, 21. Jan. Das japanische Unterhaus ist alsbald nach seinem Wiederzusammentritt aufgelöst worden. Die Auflösung erfolgte durch den Ministerpräsidenten Tanaka, nachdem die Opposition ein Mißtrauensvotum eingebracht hatte. Der Ministerpräsident verlas die Auflösungsorder, noch ehe die Debatte über das Mißtrauensvotum begann. Der Schritt der Regierung bedeutet keine Ueberraschung, er wurde vielmehr allgemein erwartet. Die Regierungspartei mit ihren 189 Stimmen stand einer Opposition von 222 Stimmen gegenüber, so daß Tanaka infolge des Fehlens einer Majorität sich außerstande sah, sein Programm durchzuführen. Die Opposition kritisierte die Politik der Regierung in China und die Maßnahmen zur Sanierung der Finanz- und Wirtschaftslage. Die Neuwahlen werden am 20. Februar stattfinden. Dabei wird der Sieg oder die Niederlage der Regierungspartei davon abhängen, ob es ihr gelingen wird, sich die Stimmen der Volkskreise zu sichern, die erst kürzlich das Wahlrecht erhalten haben, und die angesichts des Steigens der Lebenshaltungskosten eine gewisse Unruhe verraten.

Trotzkis Appell an die kommunistische Internationale.

◆ **Moskau**, 21. Jan. Die Verbannten der Gruppe Trotzki haben vor der Verbannung einen Aufruf an die kommunistische Internationale beschlossen, der in Rußland nicht verbreitet werden darf. Jedoch ist es, dem „Vorwärts" zufolge, gelungen, ihn über die Grenze zu schaffen und damit der europäischen Oeffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Es heißt darin u. a.:

Durch eine Verfügung der G. P. U. werden wir, alte bolschewistische Parteiarbeiter, in die entferntesten Gebiete der Union verschickt, ohne daß irgend welche Anklagen gegen uns erhoben werden, mit dem einzigen Zweck, unsere Verbindung mit Moskau und anderen Arbeiterzentren, also auch mit dem 6. Kongreß, zu unterbinden. Wir halten es dabei für notwendig, am Vorabend unserer erzwungenen Abreise in die entferntesten Teile unserer Union, uns mit der gegenwärtigen Erklärung an das Präsidium des Exekutivkomitees der Komintern zu wenden mit der Bitte, unsern Brief sofort zur Kenntnis des Zentralkomitees aller kommunistischen Parteien zu bringen.

Man verschickt uns unserer Anschauung wegen. Wir haben bereits erklärt und wiederholen hier, daß wir auf unsere Anschauungen, die in unserer Plattform und unseren Thesen dargelegt sind, nicht verzichten können. Wir unterwerfen uns der Gewalt und verlassen die Stellen unserer Partei- und Sowjetarbeit für eine sinn- und ziellose Verbannung. Wir beantragen beim 6. Kongreß der kommunistischen Internationale unsere Wiederaufnahme in die Partei.

Der Aufruf ist unterzeichnet von Trotzki, Rakowski, Radek und einer Reihe anderer alter Bolschewisten.

Die neue französische Note über den Antikriegspakt.

Briands Antwort an Kellogg.

✣ **Paris**, 22. Jan. Die Note, die der französische Botschafter in Washington am 21. Januar Staatssekretär Kellogg in der Frage des Abschlusses eines Antikriegspaktes als Antwort auf die letzte amerikanische Note überreicht hat, stellt zu Beginn mit Befriedigung fest, daß die Ansichten der beiden Regierungen hinsichtlich der besten Methoden zur Durchführung eines Planes, über dessen wesentlichen Grundsätze sie einig zu sein schienen, sich genähert hätten. Die französische Regierung habe es nicht abgelehnt, daß man ihren ursprünglichen Plan erweitere, aber sie habe sich auch nicht verheimlicht, daß das vorgeschlagene neue Vorgehen viel mühsamer sein werde und verschiedene Schwierigkeiten herbeiführen könne. Die Frage, ob ein mehrseitiger Akt an Bedeutung gewinnen werde, wenn er zuerst von Frankreich und den Vereinigten Staaten unterzeichnet würde, oder ob er von den verschiedenen Großmächten vorbereitet und alsbald dann allen anderen Nationen zur Mitunterzeichnung unterbreitet werde, sei im wesentlichen eine Prozedurfrage. Die französische Regierung sei geneigt, sich jeder Methode anzuschließen, die als die praktischste erscheine, jedoch müsse sie besonders darauf aufmerksam machen, daß die große Mehrheit der Mächte, und darunter die meisten Großmächte, schon durch das Völkerbundsstatut gebunden seien, das ihnen gegenseitige Verpflichtungen auferlege, sowie ferner durch Abkommen, wie das von Locarno oder durch internationale Konventionen, die die Neutralität garantieren. Das seien Bindungen, die ihnen Verpflichtungen auferlegten, denen sie nicht zuwiderhandeln könnten.

Die Note schließt mit dem Hinweis darauf, daß Frankreich immer und unter allen Umständen aufrichtig und ohne Hintergedanken bereit sei, sich jeder Erklärung anzuschließen, die darauf abziele, den Krieg als ein Verbrechen zu bezeichnen, und internationale Sanktionen vorsehe, die ihn verhindern oder beseitigen könnten. Diese Einstellung der französischen Regierung habe sich nicht geändert. Die Regierung von Washington könne also des aufrichtigen Wunsches versichert sein, daß diesem Gedanken französischerseits entsprochen werde und daß man ihre Bemühungen in dem Maße unterstütze, wie es mit den internationalen Verpflichtungen der französischen Regierung im Einklang stehe.

Tagesfragen.

Der Abgeordnete von Guérard, der Führer der Reichstagsfraktion des Zentrums, hat am Samstag in seiner Rede zum Etat in mancherlei Beziehung sehr beachtliche Ausführungen gemacht. Es sei auf seine skeptischen Bemerkungen zur Finanzlage des Reiches verwiesen, in denen er zum Ausdruck brachte, daß er den Optimismus des Reichsfinanzministers nicht teilt und besonders sorgenvoll dem Jahr 1929 entgegenschaut, auf seine Kritik an dem Verhalten des Unglücksrabens Keudell, auf seine Aeußerungen über die Neuordnung des Reichs und seine Forderung der Verabschiedung des Reichsschulgesetzes. Mit besonderer Genugtuung registrieren wir auch seine Erklärungen über die Notwendigkeit einer Aenderung des Wahlsystems. Verschiedentlich ist hier nach dem Schicksal der von der Zentrumsfraktion des Reichstags am 16. Oktober v. J. eingebrachten Wahlrechtsinterpellation gefragt worden. Drei Monate sind seit ihrer Einbringung verflossen. Die Vermutung mußte aufkommen, daß die Zentrumsfraktion, da der zuständige Reichsinnenminister von Keudell nicht als Freund dieser Reform angesehen werden kann und sich in diesem Reichstag selbst keine Mehrheit für eine Wahlrechtsreform erheblicheren Umfangs findet, stillschweigend sich mit der Nichtbeantwortung ihrer Interpellation abgefunden habe. Wir freuen uns, daß diese Vermutung falsch war. Der Abgeordnete von Guérard hat jetzt im Reichstag mit aller Deutlichkeit den dringenden Wunsch seiner Fraktion an die Reichsregierung gerichtet, daß die Interpellation baldigst im Plenum verhandelt werde. Er hat außerdem mitgeteilt, daß ein Ausschuß der Zentrumsfraktion seit längerer Zeit eine Gesetzesvorlage über die Aenderung des Wahlrechts in Arbeit habe. Das Ziel des Zentrums sei, eine engere Beziehung zwischen Wählern und Abgeordneten herzustellen, eine stärkere Einwirkung der Volksvertretung sich voll auswirken zu lassen. Das Zentrum will allerdings keine Rückkehr zur Einzelwahl mit dem alten Stichwahlsystem. Dies würde ja auch eine Verfassungsänderung bedeuten, wofür die Zweidrittelmehrheit auch im nächsten Reichstag sicherlich nicht zu bekommen sein wird. Wenn die demokratische Presse sich für die Rückkehr zum alten Reichstagswahlrecht erwärmt, so weiß man, warum. Die Zahl der demokratischen Wählerstimmen nimmt immer mehr ab. Aus allen Reichs- und Landtagswahlen gehen ständig weniger demokratische Abgeordnete hervor. Da erinnern sich die biederen Demokraten gern an das Wahlglück der Partei, aus der sie sich 1919 entwickelt haben, der Fortschrittlichen Volkspartei. Diese brachte beispielsweise bei den Hauptwahlen zum Reichstag im Jahre 1912 keinen einzigen Kandidaten durch und hatte doch hinterher 45 Abgeordnete im Parlament, die in den Stichwahlen auf meist sozialdemokratischen oder nationalliberalen Krücken durchs Ziel gegangen waren. Für die Deutschdemokratische Partei wäre es natürlich sehr angenehm, wenn ähnlich günstige Gelegenheiten durch eine Wahlrechtsänderung wieder herbeigeführt werden könnten. Aber mit dieser Spekulation werden sie kein Glück haben. Dagegen darf man hoffen, daß sich für die vom Zentrum erstrebten Reformen im neuen Reichstag eine Mehrheit finden wird. Durch die Wahlrechtsinterpellation und ihre Verhandlung dürfte die Wählerschaft erfahren, wie die einzelnen Parteien sich zu einer Aenderung des in weitesten Volkskreisen unbeliebten Systems der großen Wahlkreise und der langen Listen stellen. Sorgen wir im Zentrum selber dafür, daß bei den demnächstigen Reichstagswahlen nur Kandidaten auf die Zentrumslisten kommen, die sich für die Wahlrechtsreform verpflichten!

★

Leider muß man sich wieder einmal mit dem Reichsbanner befassen. Diesmal handelt es sich nicht darum, daß seine Leitung dem Zentrum auf die Füße getreten hat, aber wiederum ist ein schwerer Verstoß gegen seine parteipolitische Neutralität gegenüber den republikanischen Parteien festzustellen. In Sachsen sind bekanntlich die gemäßigten Elemente vor ein paar Jahren aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden. Sie haben sich zur Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens (A. S. P. S.) zusammengeschlossen, geben in Dresden eine eigene Zeitung „Der Volksstaat" heraus und sind natürlich, zumal sie auch noch an der sächsischen Regierung führend beteiligt sind, der in Sachsen sehr radikalen Sozialdemokratie ein Dorn im Auge. Jetzt veröffentlicht das genannte altsozialistische Blatt ein Rundschreiben des Bundesvorstandes des Reichsbanners, das an sämtliche Gauvorstände des Reichsbanners im Reich gerichtet ist. Es heißt darin u. a.:

„Mit Beschluß vom 10. Juni 1926 haben wir die Alte Sozialdemokratische Partei Sachsens als republikanische Partei im Sinne des Paragraphen 11 unseres Bundesstatus anerkannt. Wir sind aber nunmehr gezwungen, unsern Beschluß aufzuheben. Die A. S. P. S. ist keine Partei, die die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft zum Reichsbanner nach Paragraph 11 unserer Satzungen in sich trägt. Es muß deshalb überall geprüft werden, inwieweit Mitglieder der A. S. P. S.

ich heute noch als wirkliche Republikaner und Demokraten fühlen und betätigen."

Dieser Beschluß des Bundesvorstandes des Reichsbanners geht sogar der sonst mit Hörsing durch dick und dünn gehenden „Frankfurter Zeitung" auf die Nerven. Sie bemerkt zwar, man werde der beigefügten Begründung insoweit recht geben müssen, als sie darauf verweise, daß der altsozialistische „Volksstaat" unter der Leitung Niekischs und dessen persönliches Auftreten in Versammlungen deutlich nationalsozialistische Tendenzen zeige, die mit der vom Reichsbanner vertretenen republikanisch-demokratischen Tendenz nicht zu vereinbaren seien. Die Begründung stelle auch die Ausdehnung der Partei auf das Reich in den Vordergrund. Man könnte danach Anlaß nehmen, eine Klärung für dringend erforderlich zu halten. Man könnte auch allenfalls die Bedingung verstehen, daß die Altsozialisten klar von Niekisch und seinen Ideen abrücken, wenn sie Mitglieder des Reichsbanners bleiben wollten. Aber die gegen die ganze Partei ausgesprochene Aberkennung der Qualifikation zum Reichsbanner gehe weit darüber hinaus, und die ferner vom Bundesvorstand getroffene Verfügung, es möge überall geprüft werden, inwieweit Mitglieder der A. S. P. S. sich heute noch als Republikaner und als Demokraten fühlen und betätigen, schließe eine unerträgliche Zumutung an jene Männer in sich, die, wie der frühere sächsische Ministerpräsident Buck, der Organisator des Reichsbanners in Ostsachsen, um das Reichsbanner weit größere Verdienste sich erworben hätten, als ihre politischen Widersacher, von denen sie sich jetzt auf ihre politische Gesinnung kontrollieren lassen sollen. Vollends illusorisch gemacht aber werde jene Bedingung durch den folgenden Passus der Begründung, der verrate, daß die Bundesleitung von parteipolitischen Interessenden weit über die Stellung hinausgedrängt worden sei, die sie im Interesse des Reichsbanners in der Frage des Verhältnisses zwischen den Altsozialisten und den Strömungen um Niekisch hätte einnehmen müssen. Wörtlich schreibt dazu das Frankfurter Blatt:

„Es heißt nämlich in der Begründung, die A. S. P. S. habe durch die Ausdehnung der Partei auf das Reich den Willen ausgedrückt, den Konfliktsstoff, der durch ihre Gründung im Freistaat Sachsen entstanden sei, auf das Reich zu übertragen und der stärksten republikanischen Partei Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei, den offenen Kampf anzusagen. Zunächst einmal ist es nicht wahr, daß durch die Gründung der A. S. P. S. in Sachsen ein Konfliktsstoff entstanden sei; vielmehr war diese Gründung der letzte Ausdruck eines Konflikts, in dem die Reichsleitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vollkommen versagt hat. Doch dies nur am Rande. Was den schärfsten Widerspruch herausfordert, ist das Argument, daß der Sozialdemokratischen Partei der Kampf angekündigt worden sei. Indem die Bundesleitung dies als sozusagen reichsbannerwidrig erklärt, schafft sie Bindungen, die kein freier Mensch, am allerwenigsten ein aufrechter Republikaner und Demokrat auf sich nehmen wird. Die Bundesleitung scheint ganz vergessen zu haben, daß in Sachsen während der Zeigner-Regierung die Demokraten in offenem Kampf gegen die sächsischen Sozialdemokraten gestanden haben, und zwar um der Demokratie und der Republik willen, die die Sozialdemokraten im Verein mit dem Kommunisten heller geschützt, als die Demokraten nicht gefällt. Was aber hat das alles mit dem Reichsbanner zu tun?"

In der Bundesleitung des Reichsbanners sitzen neben Sozialdemokraten auch Demokraten und Zentrumsleute. Sind sie bei dem Ausschluß der sächsischen Altsozialisten gefragt worden oder hat Herr Hörsing es für richtig gehalten, wieder einmal auf eigene Faust im Reichsbanner sozialdemokratische Parteiinteressen zu verfolgen?

*

Zu der Ablehnung der an die Konferenzen von Stockholm und Lausanne sich anschließenden Einigungsbestrebungen der evangelischen Kirchen durch die päpstliche Enzyklika vom 6. Januar d. Js. stellt das Präsidium des Evangelischen Bundes in einer Erklärung fest, daß die evangelischen Christen den Anspruch der römischen Kirche, allein die Verwirklichung der heilsnotwendigen, sichtbaren Kirche Christi zu sein, und den Anspruch des Papstes auf Ausschließlichkeit der Leitung und der unfehlbaren Lehrgewalt als unbiblisch, unevangelisch und mit der Pflicht christlicher Liebe und Eintracht unvereinbar, entschieden ablehnen. „Demgegenüber," so heißt es in der Erklärung weiter, „begrüßen wir umso dankbarer die aus tiefempfundener Gesamtverantwortung der daran beteiligten christlichen Kirchen heraus entstandenen Einigungsbestrebungen und rufen alle Evangelischen dazu auf, in vertiefter Auffassung evangelischen Glaubens und Lebens, das Erbe der Kirchen der Reformation in Treue zu wahren und ihre Lebenskräfte gerade in unserer Zeit mit allen Mitteln zu stärkerer Geltung zu bringen." Daß der Evangelische Bund zu der Enzyklika des Papstes etwas „erklären" würde, haben wir erwartet. Und da er noch nie den Schimmer eines Beweises dafür erbracht hat, daß er irgendwelches Verständnis für das Wesen der römisch-katholischen Kirche hat, war auch nicht anzunehmen, daß er den Standpunkt der Kirche gegenüber den „Allchristen" zu würdigen vermöchte. Gegen die Einigungsbestrebungen der evangelischen Religionsgesellschaften ist in der Enzyklika kein Wort gesagt worden, wohl aber, daß die katholische Kirche sich daran nicht zu beteiligen vermag. Auf die Bemerkungen des Evangelischen Bundes gegen den Papst auch nur mit einem Wort einzugehen, halten wir für überflüssig, da die Anwürfe den nicht zu treffen vermögen, den sie treffen sollen. — In einer weiteren Erklärung des Bundes wird gegen alle Versuche, eine neue evangelische Partei zu gründen, Stellung genommen und die Erwartung ausgesprochen, daß die bestehenden Parteien dem einmütigen Empfinden der evangelischen Bevölkerung Rechnung tragen und sich die Wahrung der deutsch-evangelischen Interessen mehr als bisher angelegen sein lassen. Diese Erklärung richtet sich gegen den früheren Bundeshäuptling und Hofprediger Döhring, dessen Reformationspartei, wie vorauszusehen war, nicht den Beifall des Evangelischen Bundes finden konnte, nachdem das Tischtuch zwischen diesem und jenem vor längerer Zeit sehr geräuschvoll durchschnitten worden ist.

Reichsgesetzliche Regelung der Lehrerbildung.

Ein Rundschreiben des Reichsinnenministers.

Der Reichsminister des Innern hat, wie jetzt bekannt wird, unter dem 19. Dezember 1927 an die Unterrichtsministerien der Länder ein Schreiben gerichtet, das sich mit den Vorarbeiten zur reichsgesetzlichen Regelung der Lehrerbildung (Artikel 143 Absatz 2, RV.) befaßt.

Aus einer Uebersicht über den gegenwärtigen Stand der Lehrerbildung ergibt sich, daß von den 18 deutschen Ländern 12 eine Neuordnung der Lehrerbildung in die Wege geleitet haben; 4 Länder haben zwar die alten Seminare abgebaut, aber noch nichts Neues an ihre Stelle gesetzt, 2 sind bis jetzt bei der alten seminaristischen Ausbildung der Volksschullehrer verblieben. Alle Länder, die neue Ordnungen für die Lehrerbildung geschaffen haben, verlangen als schulmäßige Vorbildung für den Eintritt in die Berufsbildung die Hochschulreife. Dauer und Art der Berufsbildung der Lehrer sind in den einzelnen Ländern sehr verschieden. Die Ausbildung dauert in Sachsen, Thüringen, Hamburg, Braunschweig, Anhalt und Lippe drei Jahre, in Preußen, Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg und Waldeck zwei Jahre. In einigen Ländern wird die Berufsbildung ausschließlich an einer Universität oder an einer Technischen Hochschule erworben, in andern erfolgt sie zum Teil an der Hochschule, zum Teil an einem pädagogischen Institut, das mit der Hochschule in mehr oder weniger enger Verbindung steht, eine dritte Gruppe von Ländern hat sie an besondere, grundsätzlich von den bestehenden Hochschulen getrennte Akademien oder Lehrerbildungsanstalten verlegt. Dementsprechend sind die innere Ausbildung des Studiums, die Art und die Zahl der Studienfächer sowie die Anforderungen bei der auf die wissenschaftliche Berufsbildung folgenden Abschlußprüfung sehr verschieden. Folgerungen aus der gegenüber früher weitergehenden und teuren Ausbildung sind hinsichtlich der Gehaltseinstufung der Volksschullehrer bis jetzt nur in Sachsen, Hamburg und Mecklenburg-Schwerin gezogen worden; die beiden ersten Länder haben für die akademisch gebildeten Volksschullehrer die Eingangsgruppe 9, das letztere hat die Eingangsgruppe 8 der Besoldungsordnung vorgesehen.

Die Tatsache, daß die landesrechtlichen Regelungen der Lehrerbildung zum Teil nicht unerheblich voneinander abweichen, steht nicht im Einklang mit Artikel 143 Abs. 2 der Reichsverfassung, der bestimmt, daß die Lehrerbildung nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten, für das Reich einheitlich zu regeln sei. Demgegenüber hat das Reichsgericht in einer Entscheidung vom 19. Mai 1925 die Auffassung vertreten, daß der Artikel 143 der Reichsverfassung lediglich Richtlinien für eine auf seiner Grundlage zu erlassende Reichsgesetzgebung enthalte und daß die Länder, solange ein Reichsgesetz in seiner Ausführung nicht ergangen sei, in der Gestaltung der Lehrerbildung durch Bestimmungen dieses Artikels nicht gebunden seien. Daraus ergibt sich, daß die durch die Verfassung geforderte Einheitlichkeit der Lehrerbildung praktisch kaum anders als im Wege der Reichsgesetzgebung gesichert werden kann.

Der Minister hält es deshalb für geboten, in Benehmung mit den Unterrichtsverwaltungen der Länder erneut die Frage zu prüfen, welchen Inhalt ein derartiges Gesetz haben soll. Dabei geht er davon aus, daß es sich nur um ein Rahmengesetz handeln kann, das sich auf gewisse allgemeine Bestimmungen über die Ausbildung der Volksschullehrer beschränkt. Ein solches Rahmengesetz könnte sich im wesentlichen auf zwei Bestimmungen beschränken, nämlich:

1. Als schulmäßige Vorbildung für den Beruf eines Volksschullehrers wird die Hochschulreife gefordert und
2. die wissenschaftliche Berufsbildung besteht in einem mindestens zweijährigen Studium in hochschulmäßiger Form.

Die Frage, inwieweit die verschiedenen Formen des hochschulmäßigen Studiums, die sich bisher in den Ländern herausgebildet haben, einander angeglichen werden können, wird der mündlichen Erörterung vorbehalten bleiben dürfen. Während die Reichsregierung im Jahre 1923 von der Einbringung des damals vorbereiteten Gesetzentwurfs über die Lehrerbildung wegen der finanziellen Rückwirkungen im Hinblick auf den Paragraphen 59 des Landessteuergesetzes vom 30. März 1920 absehen mußte, kann dieser Gesichtspunkt bei der heutigen Sachlage keine entscheidende Rolle mehr spielen. Denn da die meisten Länder die alte seminaristische Ausbildung der Lehrer verlassen haben und eine neue Ausbildung auf der Grundlage der Reifeprüfung an ihre Stelle gesetzt oder in Aussicht genommen haben, werden sie durch ein Reichsgesetz, das lediglich einen Rahmen aufstellt, und in seinen Bestimmungen nicht über die schon bisher von den Ländern als Mindestforderungen anerkannten Maßnahmen hinausgeht, nicht vor neue Aufgaben im Sinne des Paragraphen 54 des Finanzausgleichsgesetzes vom 27. April 1926 gestellt. Anderseits kann angenommen werden, daß durch ein Reichsgesetz über die Lehrerbildung die unbedingt notwendige Einheitlichkeit in den grundsätzlichen Fragen gewährleistet wird, ohne daß die einzelnen Länder genötigt werden, im Gang befindliche Reformen wesentlich zu ändern.

Der Minister geht demnach davon aus, daß die Kosten der neuen Lehrerbildung, die übrigens, wenn man von etwaigen höhern Gehaltseinstufungen absieht, sehr gering sein und die bisherigen Ausgaben für die Ausbildung der Volksschullehrer sicher nicht übersteigen würden, von den Ländern zu tragen sind.

Die Industriebelastung 1926 bis 1928.

◆ Berlin, 22. Jan. Auf Grund der Ergebnisse der Veranlagung zur Vermögensteuer 1927 haben der Reichswirtschaftsminister und der Reichsfinanzminister die Verteilungsschlüssel zur Aufbringung der Industriebelastung für die Kalenderjahre 1926 bis 1928 endgültig festgesetzt. In den Jahren 1926 und 1927 waren bisher nur Vorauszahlungen zu leisten. Mit Rücksicht auf die veränderte Bemessungsgrundlage ist es möglich gewesen, die endgültigen Verteilungsschlüssel unter 6,5 v. T. und 7,5 v. T. des aufbringungspflichtigen Betriebsvermögens. Zu viel gezahlte Beträge werden auf die Leistungen 1928 angerechnet. Für 1928, wo zum erstenmal auch ein Tilgungsbetrag für die auf Grund des Industriebelastungsgesetzes ausgestellten Industrieschuldverschreibungen aufzubringen ist, haben die aufbringungspflichtigen Betriebe 8,5 v. T. des Betriebsvermögens zu leisten. Der erste Teilbetrag ist am 5. März 1928 fällig.

Die Antwort des Freiherrn von Kerckerinck.

:: Hamburg, 21. Jan. Freiherr von Kerckerinck, der Präsident des Verbandes deutscher Bauernvereine, hat auf die Vorwürfe anläßlich des Verkaufes eines in Nordschleswig gelegenen Besitzes in dänische Hände geantwortet. Er gibt den Verkauf des 30 Ha. großen Besitzes durch die Verwaltung zu, will jedoch nicht gewußt haben, daß der Erwerber dänischer Gesinnung sei. Freiherr von Kerckerinck betont, daß der Verkauf in dänische Hände nicht in seinen Absichten gelegen habe, daß er sich aber wegen seiner starken öffentlichen Inanspruchnahme nicht um alle Einzelheiten der Verwaltung kümmern könne.

Hamburger Hafenplätze für die tschechoslowakische Schiffahrt.

× Berlin, 22. Jan. In den letzten beiden Wochen haben in Berlin zwischen Vertretern der Deutschen Regierung unter Mitwirkung von Mitgliedern des Senats in Hamburg und der Preußischen Regierung einerseits und Vertretern der Tschechoslowakischen Regierung andererseits Verhandlungen stattgefunden, die die Zuweisung von Hafenplätzen in Hamburg für die Zwecke der tschechoslowakischen Schiffahrt zum Gegenstand hatten.

Es ist bekannt, daß durch Artikel 363/64 des Vertrages von Versailles Deutschland verpflichtet ist, in den Häfen Hamburg und Stettin Landstücke zu verpachten, die unter die allgemeine Verwaltungsordnung der Freizonen zu stellen sind und dem unmittelbaren Durchgangsverkehr der Waren von oder nach der Tschechoslowakei dienen sollen. Die näheren Modalitäten sollen durch die Entscheidung eines Ausschusses erfolgen, der aus je einem Vertreter Deutschlands, der Tschechoslowakei und Großbritanniens zusammengesetzt ist.

Bei den jetzt in Berlin geführten Unterhandlungen ist es gelungen, fast in allen Punkten zu einem befriedigenden Einvernehmen zu kommen. Es wurden die für die Entscheidung des genannten dreigliedrigen Ausschusses notwendigen Unterlagen festgestellt, die nach Genehmigung durch die beiderseitigen Regierungen dem Ausschuß zwecks endgültiger Beschlußfassung gemeinsam vorgelegt werden sollen.

Ein Aufruf des Minderheitenblocks in Polen.

Warschau, 22. Jan. Der Deutsche, Juden, Ukrainer und Weißrussen umfassende Minderheitenblock hat einen Wahlaufruf erlassen, in dem alle Minderheiten aufgefordert werden, zur Wahrung ihrer nationalen und bürgerlichen Rechte für die gemeinsame Wahlliste ihre Stimmen abzugeben. Man habe den Minderheiten, so heißt es in dem Wahlaufruf, das Recht zum Zusammenschluß versprochen, aber schon in der Tatsache ihrer Vereinigung erblicke man den Plan eines Verbrechens gegen den Staat, da man die Politik auf die Schwächung der Minderheiten aufbauen will. Allen Bürgerlichen sei es gestattet, sich zu einem Wahlblock zusammenzuschließen, nur den Minderheiten wolle man dieses Recht versagen. Es sei dies neuerdings ein Beweis, daß man die Minderheiten als Bürger zweiter Kategorie behandeln wolle, die nicht die Rechte des herrschenden Volkes genießen sollten. Es sei dies nichts anderes als eine Erneuerung des unglückseligen Gedankens, die Bürger in Regierende und Regierte, in Bedrücker und Bedrückte einzuteilen. Der Minderheitenblock habe sich zur Aufgabe gemacht, gleiches Recht für alle Bürger des Staates zu erkämpfen.

Der Aufruf ist von je drei führenden Politikern,

Vertrauensvotum für das neue lettische Kabinett.

◉ Riga, 22. Jan. Nach zweitägiger lebhafter Debatte über die Regierungserklärung des Kabinetts Juraschewskis hat das Parlament mit 51 gegen 43 Stimmen der Regierung das Vertrauen ausgesprochen. Die neue Koalition umfaßt beinahe alle bürgerlichen Parteien, darunter auch die deutsche Fraktion, den größten Teil der Russen, Juden und zwei Polen. Damit ist das neue Kabinett zur Uebernahme der Geschäfte ermächtigt.

Die vollständige Liste der Mitglieder der neuen Regierung lautet wie folgt: Ministerpräsident und Finanzminister Juraschewskis; Minister des Innern Laimins; Verweser des Ministeriums des Aeußern ist der Generalsekretär im Ministerium des Aeußern Ahats, Kriegsminister General Kalninsch; Volkswohlfahrtsminister Rubulis; Landwirtschaftsminister Gulbis; Gehilfe des Landwirtschaftsministers Jubulis.

Frankenstabilisierung auf ein Fünftel des Vorkriegswertes.

× Paris, 22. Jan. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß die französische Regierung nach den Parlamentswahlen zur Goldwährung in der Weise zurückkehren will, daß sie den Franken auf seinen gegenwärtigen Kurs gesetzlich stabilisiert und die Bank von Frankreich sich verpflichtet, für jeden Papierfranken einen Goldwert auszubezahlen, der ⅕ des Frankenwertes vor dem Kriege entspricht. Ueber eine entsprechende Entschädigung an die Rentner, die als die Hauptleidtragenden angesehen werden, soll später verhandelt werden.

Die deutsch-französischen Verhandlungen über die Einfuhrabgabe.

× Paris, 22. Jan. Wie verlautet, ist der Verlauf der deutsch-französischen Verhandlungen über die neue Art der Erhebung der 26prozentigen Einfuhrabgabe auf deutsche Waren im Sinne des Recovery Acts als günstig zu bezeichnen, so daß man mit dem Abschluß eines Abkommens noch im Laufe dieser Woche rechnet. Die französische Regierung hat dem deutschen Vorschlag zugestimmt, wonach die 26 Prozent von den deutschen Exporteuren unmittelbar an den Generalagenten für Reparationszahlungen bezahlt werden sollen, der die Transferierung an die betreffenden Regierungen durchzuführen hätte. Nur über die Art der Garantien, die von der französischen Regierung verlangt werden, ist man sich noch nicht völlig im klaren. Frankreich möchte sich das Recht vorbehalten, für den Fall, daß die neue Erhebungsart der Abgabe eine Verminderung der Einnahmen infolge ungenügender Erklärungen der deutschen Exporteure verursachen sollte, ohne weiteres auf den bisherigen Modus zurückgreifen zu können.

Die amtliche Großhandelsindexziffer.

× Berlin, 21. Jan. Die auf den Stichtag des 18. Jan. berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes war mit 138,8 gegenüber der Vorwoche (139,0) nahezu unverändert. Von den Hauptgruppen ist die Indexziffer für Agrarstoffe um 0,9 v. H. auf 132,1 (133,3) zurückgegangen. Die Indexziffer für industrielle Rohstoffe und Halbwaren hat um 0,2 Proz. auf 134,6 (134,3) und diejenige der industriellen Fertigwaren um 0,3 Proz. auf 156,3 (155,8) angezogen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die polnisch-litauischen Verhandlungen.

× Warschau, 22. Jan. Wie es heißt, soll die litauische Antwort auf die polnische Note auch in den nächsten Tagen noch nicht veröffentlicht werden. Gerüchtweise verlautet, daß in der kommenden Woche das polnische Außenministerium eine neue Note nach Kowno richten werde, die konkrete Vorschläge über Zeit und Ort der geplanten polnisch-litauischen Verhandlungen enthalten werde.

Pilsudskis Generäle an der Spitze der polnischen Wahllisten.

× Warschau, 21. Jan. Wie heute mitgeteilt wird, werden an der Spitze der polnischen Regierungswahllisten in den Provinzlandkreisen fast durchweg Pilsudski-Generäle und höhere Militärs kandidieren. In Wilna ist General Zeligowski aufgestellt worden.

Eine polnische Prämienanleihe.

◇ Warschau, 22. Jan. Der Ministerrat beschloß gestern, eine innere Anleihe von 50 Millionen Zloty aufzunehmen. Es handelt sich dabei um eine Prämienanleihe zu vier Prozent Zinsen, die innerhalb von zehn Jahren durch ausgeloste Obligationen zurückgekauft werden soll.

Spaltung der Christlich-nationalen Partei in Polen.

÷ Warschau, 22. Jan. Die vorwiegend den polnischen Großgrundbesitz umfassende Christlich-nationale Partei hat sich über die Frage der Unterstützung des Regierungsblockes gespalten. Der von Professor Stronski geführte rechte Flügel, der auf dem Standpunkt steht, daß aus prinzipiellen Gründen ein Zusammengehen mit den auf den Regierungslisten stehenden Radikalen und Religionslosen ausgeschlossen ist, wird den alten Parteinamen beibehalten. Der linke Flügel nimmt den Namen einer Christlichen Landwirtspartei an und spricht sich für bedingungslose Unterstützung der Regierung Pilsudski und der Regierungsliste aus.

Die Regierungsbildung in Norwegen.

◆ Oslo, 22. Jan. Die Bemühungen Mellbyes, eine Regierung der bürgerlichen Parteien zu bilden, sind an der ablehnenden Haltung der Liberalen endgültig gescheitert. Mellbye hat dem Könige seinen Auftrag zurückgegeben, den aller Wahrscheinlichkeit nach nunmehr der liberale Parteiführer Molvinckel erhalten wird.

Vermischte Nachrichten.

Urteil im Wettiner Landfriedensprozeß.

◆ Halle, 21. Jan. Das Hallesche Schwurgericht fällte heute nach viertägiger Verhandlung das Urteil gegen 16 Rote Frontkämpfer, die sich wegen schweren Landfriedensbruches, begangen am 3. Juli 1927 in Wettin bei einem Zusammenstoß mit der Technischen Nothilfe Halle zu verantworten hatten. 13 der Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu 1 Jahr 9 Monaten verurteilt, drei wurden freigesprochen.

Schneefall in Breslau.

× Breslau, 22. Jan. Seit 24 Stunden schneit es unaufhörlich bei 1 bis 2 Grad über Null. Die Schneehöhe beträgt in den Vororten bereits bis 15 Ztm. In der Stadt selbst ist der Verkehr durch den tauenden Schnee sehr behindert. Auch aus Beuthen wird starker Schneefall gemeldet.

Schweres Autounglück.

× Flinsberg (Schlesien), 22. Jan. Ein von der Allgemeinen Deutschen Automobilklub-Veranstaltung von Flinsberg zurückkehrendes mit vier Personen besetztes Auto wurde bei dem dichten Schneegestöber von dem aus Greiffenberg kommenden Zuge bei Ueberquerung der Bahnstrecke erfaßt und fast bis zum Bahnhof Friedeberg mitgeschleift. Der Fahrer, ein Fahrradhändler aus Goldberg und ein neben ihm sitzender Herr wurden getötet. Die beiden anderen Insassen haben schwere Bein- und Knochenbrüche erlitten.

Beim Bohrennen gestürzt.

× Schierke, 22. Jan. Beim Bobrennen in Schierke kam es zu einem schweren Unfall. Infolge zu starken Bremsens wurde ein Bob aus der Bahn geschleudert und stieß gegen einen Baum. Der Führer und ein Fräulein Brauns aus Berlin wurden schwer verletzt, der Bremser und zwei weitere Besatzungsmannschaften trugen leichtere Verletzungen davon.

Drei Opfer einer Lawine.

× Frutigen (Berner Oberland), 20. Jan. Heute mittag ging in Lintergraben bei Frutigen eine Lawine nieder und verschüttete drei dort auf der Straße nach Adelboden mit Aufräumungsarbeiten beschäftigte Männer. Alle drei sind tot. Die Leiche des einen konnte geborgen werden, während die Bergungsarbeiten nach den beiden anderen Verunglückten noch im Gange sind. Es besteht keine Aussicht, sie lebend aufzufinden.

Schweres Unglück in einem Walzwerk.

× Wien, 22. Jan. Wie die Blätter aus Leoben melden, hat sich im Hüttenwerk Donawitz ein gräßliches Unglück zugetragen. Der 19 Jahre alte Siegfried Haindler, der im Walzwerk beschäftigt war, geriet in die Mittelstrecke und wurde bis zur Unkenntlichkeit ausgewalzt. Die Untersuchung ergab, daß Haindler an dem Unfall selbst schuld war.

Schiffszusammenstoß im Aegäischen Meer.

:: London, 20. Jan. Der englische leichte Kreuzer „Caledon" ist einem Bericht aus Athen zufolge im Aegäischen Meer mit einem italienischen Oelbampfer zusammengestoßen. Der Oeldampfer ist in das Schlepptau eines britischen Kriegsschiffes genommen worden, das versucht, den schwerbeschädigten italienischen Dampfer in den Piräus einzuschleppen. Der erste Offizier des Dampfers und der Steward werden vermißt. Der übrige Teil der Besatzung befindet sich in Sicherheit.

Der englische Admiral Robeck gestorben.

÷ London, 21. Jan. Der Admiral Sir John Robeck ist plötzlich gestorben. Robeck war von 1922 bis 24 Befehlshaber der atlantischen Flotte und von 1919 bis 1922 Befehlshaber der Flotte im Mittelländischen Meer. Im Jahre 1915 befehligte er die Flottenstreitkräfte in den Dardanellen.

Erneutes Hochwasser in England.

× London, 21. Jan. Amtlich wird bekanntgegeben, daß von heute ab bis zum 30. Januar wieder mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß die Themse zur Flutzeit über ihre Ufer tritt. Die Bewohner der unteren Stockwerke in den tiefer liegenden Stadtteilen werden daher gewarnt.

Der Vollender des Panamakanals gestorben.

⊠ New-York, 22. Januar. Generalmajor Georgew Goethals, der im Jahre 1904 den von Lesseps 1881 begonnenen, jedoch nach acht Jahren wegen finanzieller Schwierigkeiten aufgegebenen Bau des Panamakanals fortsetzte und 1914 vollendete, ist gestorben.

Preußischer Landtag.

Berlin, 21. Januar.

Der Preußische Landtag erledigte in seiner heutigen Sitzung zunächst Petitionen und wandte sich dann der zweiten Beratung des Haushalts Münzverwaltung zu, der in den Einnahmen mit 1 446 500, in den dauernden Ausgaben mit 916 300 Mark abschließt. Das Haus stimmte gemäß den Ausschußanträgen diesem Haushalt unverändert zu, ebenso dem Haushalt des Reichs- und preußischen Staatsanzeigers, dessen Einnahmen mit 3 962 000 Mk. die Ausgaben mit 1 384 500 Mk. veranschlagt sind, sodaß ein Reingewinn von rund 2,5 Millionen bleibt.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts der Oberrechnungskammer. Auch hier empfiehlt der Ausschuß unveränderte Annahme.

Den Haushalten der Oberrechnungskammer und der Staatsschuld stimmt das Haus in zweiter Lesung unverändert zu.

Beim

Haushalt der Lotterieverwaltung,

zu dem der Ausschuß die baldige Schaffung weiterer kleinererer Einnahmestellen vorschlägt, erklärt

Abg. Hoffmann (Komm.): 168 Millionen Mark habe der Staat von den Lotteriespielern eingenommen, 98 Millionen zahle er aber nur zurück, sodaß er die Spieler um 70 Millionen Mark bemogele. (Präsident Bartels rügt diesen Ausdruck.)

Abg. Borck (Dntl.) wendet sich gegen den Verwaltungsausschuß der Lotterieverwaltung, der mit der Zeit maßgebend geworden sei. Lotterieeinnehmer dürften nur Leute mit der nötigen Vorbildung werden. (Anhaltender Lärm links und Rufe: Offizierskliquenwirtschaft). Unerhört sei der Versuch des Reichsarbeitsministers, den Offizieren ihre Einnahmen für Lotteriekollekten von der Pension abzuziehen.

Abg. Bischoff (Wirtsch. Vg.) hebt hervor, daß der Landtag jährlich einen Antrag auf Einrichtung kleinerer Teilnehmerstellen einnehme, bisher habe sich aber die Zahl dieser Einnahmestellen nicht erhöht.

Abg. Held (D. Vpt.) weist den Vorwurf, der Verwaltungsrat sei ein „Vergebungsausschuß für Einnehmerstellen" zurück. Es wäre zu bedauern, wenn an Kriegsbeschädigte Offiziere nur dann Einnehmerstellen vergeben werden dürfen, wenn sie nicht über 400 Mk. Pension bezögen.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß hierfür der preußische Finanzminister nicht entscheidend sei, weil es sich um die Grundgesetzgebung des Reiches handelt. (Rufe links: Keudell! Gegenkundgebungen bei den Deutschnationalen.)

Den Vorhalt des Abg. Borck (Dntl.), daß der Zentrumsabgeordnete Blank sich sehr stark persönlich für ihm nahestehende Bewerber um Einnehmerstellen verwandt habe, beantwortet Abg. Hoffmann (Komm.) mit der Mitteilung, daß Blank sich im Auftrage des Verwaltungsrats sich bemühte, die Großeinnehmerstellen zu kürzen um mehrere kleinere Stellen schaffen zu können.

Abg. Meier-Berlin (Soz.) meint, gerade die deutschnationale Fraktion habe nicht weniger als 200 Leute für Einnehmerstellen vorgeschlagen, von denen auch 23 eingestellt wurden (Rufe rechts: Und Sie!) Die Sozialdemokraten hätten nur 6 Leute vorgeschlagen, seien aber grundsätzlich Gegner dieses Systems, das an Korruption grenze.

Der Etat wird dann nach den Ausschußbeschlüssen bewilligt. Ebenso nach einer kurzen Debatte auch der der Porzellanmanufaktur.

Gegen 14 Uhr vertagt sich das Haus bis 2. Februar.

Deutschland-Reise des Primas von Polen.

Von unserem römischen Korrespondenten.

× Rom, 20. Januar.

Am 4. Februar abends trifft vermutlich Kardinal Hlond, der Primas von Polen, in München zum Besuch beim dortigen Kardinal von Faulhaber ein. Nach einigen weiteren Besuchen in Bayern setzt er seine Reise nach Trier, Köln, Berlin und Breslau fort. Die Visite gilt natürlich zunächst den deutschen Oberhirten, aber daneben kommt ihr eine hohe kirchenpolitische und vor allem allgemeinpolitische Bedeutung bei. Wir wissen es sehr wohl, daß die Wunden noch nicht alle vernarbt sind, die die Ereignisse während der Abstimmung und kurz nachher in Oberschlesien und dem übrigen Polen dem deutschen Volkstum geschlagen haben. Vor allem wurden die deutschen Katholiken schwer davon betroffen, und oft mußte darüber geklagt werden, daß sie nicht den Schutz bei ihren weltlichen und geistlichen Behörden fanden, der ihnen zukam, nicht nur aus allgemein menschlichen Gründen, sondern durchaus nach dem ihnen zugesagten Recht. Alles das gehört der Geschichte an; es sind Tatsachen, die von Neutralen beglaubigt und anerkannt sind, und auch die Polen werden sie kaum ableugnen können und überhaupt wollen.

Die Entschuldigung des offiziellen Polens war immer wieder die, es handle sich um polnische Banden, gegen die die Regierung sich nicht schützen könne. Erst dieser Tage wieder mußte der Präsident Calonder seine starke Mißbilligung darüber äußern, daß man sich in Rybnik eine „ernste Kränkung der Genfer Konvention" habe zuschulden kommen lassen, als man dort in einem Städchen das deutsche Weihnachtsfest aus denselben Gründen unmöglich machte. Es liegen also immer wieder Anzeichen dafür vor, daß noch nicht alles ist, wie es sein sollte und könnte. Auch auf dem Gebiete der Schule sind wir noch weit davon entfernt, daß dem deutschen Volkstum sein kulturelles Recht wird.

Andererseits soll gern anerkannt werden, daß nach den Berichten, die uns vorliegen, gerade auf kirchlichem Gebiet nicht unwesentliche Fortschritte zu verzeichnen sind, und daß danach eine wesentliche Besserung des Zusammenlebens zwischen deutschen und polnischen Katholiken eingetreten zu sein scheint. Nichts ist natürlicher, als daß mindestens die Angehörigen derselben Mutterkirche zu einem guten, mindestens aber doch erträglichen staatlichen Zusammenleben müßten kommen können. Die Deutschen haben wiederholt bewiesen, daß sie selbst unter Opfern dazu bereit sind, und die Polen werden hoffentlich auch nicht völlig vergessen haben, daß es deutsche Katholiken waren, die lange vor dem Kriege schon für die gerechten kulturellen Forderungen des polnischen Volkstums ein offenes Ohr hatten.

Jetzt kommt der neue Primas Polens, Kardinal Hlond, nach Deutschland. Es ist keine Frage, daß man den Besuch nicht nur als eine Ehrung für die deutschen Katholiken und ihre Oberhirten ansieht, sondern daß man darin zugleich den Versuch erblickt, etwas, vielleicht etwas Entscheidendes zu einer freundlichen Gestaltung der Beziehungen im besonderen beizutragen.

Vielleicht, ja sicher gibt die Reise Gelegenheit, recht wesentliche Probleme des gegenseitigen, kulturellen, besonders kirchlichen Lebens gründlich zu erörtern. Wir zweifeln nicht daran, daß der Herr Kardinal, der so unmittelbar nach der Uebernahme seiner Würde geradewegs auf das in manchen Punkten vielleicht schwierige Ziel lossteuert, auch den Konsequenzen nicht aus dem Wege gehen wird, wie er auch uns zu einer ehrlichen und offenherzigen Vereinigung dessen, was sich zwischen uns und unseren polnischen Glaubensgenossen gelagert hat, gern bereitfinden wird.

Drohender Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier?

Die bevorstehende Kündigung des Bergarbeiter-Lohntarifs.

× Bochum, 22. Jan. Im Ruhrrevier fand heute eine große Zahl von Bezirksversammlungen des Gewerkvereins christl. Bergarbeiter statt, in denen die Hauptverwaltung aufgefordert wurde, gemeinschaftlich mit den übrigen Bergarbeiterverbänden die Lohnordnung am 1. April zum 30. April zu kündigen und auch das Ueberarbeitsabkommen zum bestmöglichen Termin. Von der Leitung des Christlichen Bergarbeiterverbandes werde erwartet, daß sie alles daran setze, die Ueberarbeit zu beseitigen. In allen Verhandlungen wurde der Leitung des Gewerkvereins, besonders dem Abg. Imbusch vollstes Vertrauen ausgesprochen.

*

Eine Kundgebung des Alten Bergarbeiterverbandes.

Bochum, 22. Jan. In einer hier abgehaltenen Konferenz von etwa 700 Delegierten des Alten Bergarbeiterverbandes aus dem ganzen Ruhrbezirk wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der unter Hinweis auf die zu niedrige Entlohnung und die erhöhten Anforderungen an die Kräfte der Bergarbeiter durch die Mechanisierung und das Antreibsystem eine bedeutende Erhöhung der Löhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert, sowie die Organisationsleitung beauftragt, zum 30. April die Kündigung des Lohntarifs und des Mehrarbeitsabkommens auszusprechen. Zu bemerken ist, daß die Kündigung des Mehrarbeitsabkommens, für das ine zweimonatige Kündigungsfrist besteht, spätestens am 1. März, die des Lohntarifs, der mit einmonatiger Kündigungsfrist läuft, spätestens am 1. April erfolgen muß.

Die Besprechung wurde eingeleitet durch ein ausführliches Referat des Führers des Alten Bergarbeiterverbandes, des Reichstagsabgeordneten Hufkmann, über die Lage der Bergarbeiter, in dem er u. a. darauf hinwies, daß der Reallohn für die Gesamtbelegschaft nur 97 Prozent, für die Hauer sogar nur 93 Prozent des Friedenslohnes betrage und daß in der Entlohnung die Bergarbeiter an fünfzehnter Stelle von insgesamt 24 Berufen ständen. Der Redner erklärte dann weiter, bei der Einstellung der Arbeitgeber sei mit freiwilligen Zugeständnissen nicht zu rechnen. Die Arbeiterschaft müsse sich deshalb mit dem Gedanken des Streiks vom 1. Mai ab vertraut machen. In der mehr als vierstündigen Diskussion, die dem Referat Husemanns folgte, wurde u. a. die Abschaffung der Gedinglöhne überhaupt und die Bezahlung nach festen Sätzen, sowie die Kündigung nicht nur des Lohntarifes, sondern auch des Ueberarbeitsabkommens gefordert. In seinem Schlußwort wies Husemann auf den Ernst der kommenden Zeit hin und verlangte ein geschlossenes Vorgehen.

Die Flucht der Mörder Erzbergers.

Sie halten sich in Ungarn auf.

Die „B. Z. am Mittag" setzt in ihrer Samstags-Ausgabe die Schilderung der Ermordung Erzbergers fort, in der der unbekannte W. A. von der Flucht der beiden Mörder nach der Tat berichtet:

Die Kreuz- und Winkelzüge der Tillessen und Schulz waren danach sehr verschlungen. Sie holten zunächst ihre Sachen im Hotel ab und fuhren nach München, von da nach Salzburg, von da nach Wien, wo sie sich bei dem Kapitänleutnant Krüger, dem Leiter der großdeutschen Organisation Wien, einlogierten. Da die Berliner Polizei auf ihrer Fährte war, gingen sie zu Fuß über die ungarische Grenze nach Oedenburg und flohen nach Raab, wo sie im Benediktinerkloster abstiegen, dessen Prior Leiter des Bundes der erwachenden Madjaren war. Der Prior brachte sie bei einem Getreidehändler in Raab unter. Von da zogen sie in die ungarische Tiefebene zu einem Gutsbesitzer, wo sie sich sehr sicher fühlten; denn in der dortigen Gegend hauste der berüchtigte Leutnant Hejaß. Sie blieben dort zwölf Monate bis Anfang 1924. Mit Geldern der Organisation Consul verschaffte man ihnen ein Gut in Nagy Teteni, wo sie aber bald entdeckt wurden. Schulz blieb auf dem Gut zurück, Tillessen floh nach Südslawien. Schulz wurde mit W. A. ins Gefängnis geworfen, von wo beide nach Budapest ins Lazarett kamen. Später wurden sie nach Rumänien abgeschoben. Sie fuhren direkt bis Konstanz und nach Konstantinopel. Dort waren sie in Eskischehir bei Hauptmann Troebst, der noch ein Dutzend andrer politischer Flüchtlinge um sich hatte. Schulz ging dann nach Smyrna und arbeitete in einer Teppichweberei. W. A. gründete in Iskihissar ein Kino. Nachdem dieses in Verfall geraten war, kehrte W. A. nach Ungarn zurück, wo er auf einem Gut Schulz und Tillessen wieder traf. Tillessen war inzwischen in Italien gewesen und mit Faschistenkreisen bekanntgeworden.

Das war das letzte Zusammentreffen des W. A. mit den Mördern Erzbergers. Er verließ Ungarn, während Schulz und Tillessen dort auf den Gütern bis heute geblieben sind. Sie werden von den Hejasleuten unterstützt, erhalten ein monatliches Taschengeld von je 250 bis 300 Mark und werden von Gut zu Gut eingeladen. Sie brauchen nicht zu arbeiten, aber sie fühlen sich zwecklos und wünschen sich ein anderes Leben. An eine Selbststellung und Sühne ihrer Tat denken sie jedoch nicht.

Die deutschnationale „Berliner Nachtausgabe" glaubt die Mitteilungen der B. Z. anscheinend dadurch entwerten zu können, daß sie die Frage aufwirft, ob der Kronzeuge des Berliner Mittagsblattes ein gewisser 1902 geborener Werner Abel sei. Dieser, vorbestraft wegen Münzverbrechens und Betrugs, soll zu den deutschen Kommunisten in engsten Beziehungen gestanden haben und beim Reichsverband der Vorbestraften angestellt gewesen sein. Er sei nach Ungarn geflüchtet und habe sich dort Eingang in „nationale" Kreise verschafft. „Aber die Ungarn", schreibt die „Nachtausgabe" weiter, „schöpften bald Verdacht, und so tauchte der ehemalige KPD.-Sekretär eines Tages wieder in Berlin auf und verstand es hier ebenfalls, wieder an nationale Kreise Anschluß zu finden. Nur, seine von ärztlichen Sachverständigen festgestellte Minderwertigkeit rettete ihn vor dem Zuchthause". Wenn die Vermutung der „Nachtausgabe" zutrifft, handelt es sich bei dem W. A. der „B. Z." natürlich um alles andere als um einen sympathischen Menschen. Da er aber zugestandenermaßen in den sogenannten nationalen Kreisen in Ungarn und Deutschland verkehrt hat, können seine dem Hugenberg-Blatt offenbar unangenehmen Schilderungen doch durchaus wahr sein. Warum soll er nicht mit Schulz und Tillessen zusammengetroffen sein und von ihnen die Schilderung ihrer grausigen Tat gehört haben? Bei den „nationalen" Ungarn empfand man bekanntlich die „Abschießung" des politischen Gegners ebensowenig als ein verabscheuungswürdiges Verbrechen wie in dem Kreis, aus dem die Erzberger- und Rathenau-Mörder hervorgegangen sind.

Verantwortlich für den Zenoteil für Politik: Chefredakteur Dr. Karl Maser, Dortmund; für Feuilleton: Jos. Hom; für den provinziellen und vermischten Teil: Fritz Overthun, Dortmund; für den allgemeinen Inseratenteil: J. Sibora, Münster i. W. Druck: „Zeno" Zeitungsverlagsgesellschaft Nordwestdeutschland, G. m. b. H., Münster.

Einladung

zu der heute abend, 23. Januar, nachm. ½6 Uhr, im Lokale des Herrn Hans Ahlers-Jllerbeck, Höhlenstraße, stattfindenden

Versammlung des Westfälischen Bauernbundes

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Herr Dr. Niehues-Münster wird sprechen über: „Wie muß unsere Agrarpolitik gestaltet werden?"

Alle Mitglieder des Westfälischen Bauernbundes und Freunde unserer Bewegung sind zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Auf nach Grüner-Osterwick

Das größte

Streichholz-Wunderwerk

der Welt ist ausgestellt vom Tage des hl. Fabian und Sebastian bis einschließlich Donnerstag, 26. Januar.

Verein ehem. 13er, Coesfeld

Unser Kamerad

Hermann Steinberg

ist verstorben. Die Beerdigung ist Dienstag, 24. Jan., morgens 8¼ Uhr. Antreten 8.30 Uhr am Marktplatz.

Der Vorstand.

Das Jahresseelenamt

für den verstorbenen Kaufmann

Karl Hellmann

findet am Dienstag, 24. Jan., morgens ½9 Uhr in der Pfarrkirche zu Dorsten statt.

Es ladet hierzu freundl. ein

Familie C. Hellmann

Gegen **Feuer Diebstahl Einbruch**



d2646

Der totsichere „Pohlschröder"

General-Vertretung und Niederlage

J. G. Niemann, Münster i. W.

Glaspassage.

U 9 Weddigen

mit Beiprogramm

auf vielseitigen Wunsch heute abend 8 Uhr letzte Vorstellung.

Lichtspielhaus Emsdetten



Am Montag abend 6 Uhr wird im Gasthof Gottfried Teigeler,

Emsdetten

eine gesunde, vollwertige

fette Kuh ausgehauen.

Durchschnittspreis 75 Pfennig.

Theodor Bohn & Co.

Münster i. W.

Schillerstr. D. neben dem Kettlerheim

Fernruf 96

fertigen in ihren kunstgewerblichen Werkstätten:

Heizkörper-Verkleidungen
Beleuchtungs-Körper
Messinggerät für kirchliche und profane Zwecke
Sockelbleche, Türbekleidungen usw.

in bester Qualitätsarbeit, nach gegebenen oder eigenen Entwürfen. Besuche auf Wunsch unverbindlich und kostenlos

Sächsische Bettfedern

u. Bettenfabrik Paul Hoyer, Dallitzsch 48, Provinz Sachsen — Angerstr. 4

sendet Ihnen nur allerbeste, streng reelle Qualitäten vm6050

Bettfedern bedeutend billiger (zu Fabrikpreisen

Ferner prima **Bettinlett.**

Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben u. Preisliste umsonst u. portofrei.

Den Erfolg

Ihrer Arbeit sichern Sie sich durch die Werbekraft Ihrer Anzeigen in

der „Zeno"

Machen Sie noch heute einen Versuch

Der Herr über Leben und Tod hat heute morgen 5 Uhr unsere teure Schwester, Schwägerin und Tante, die ehrwürdige Schwester

Ottilia

Krankenschwester vom hl. Franziskus

Maria geb. Harrier

im blühenden Alter von 34 Jahren zu sich in die Ewigkeit genommen. Sie starb im St. Rochus-Hospital zu Telgte nach langem, schweren Leiden geduldig und gottergeben.

Stadtlohn, den 21. Januar 1928.

Namens der trauernden Angehörigen:

Familie Harrier.

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 24. Januar, im St. Rochus-Hospital zu Telgte um 7 Uhr Morgens. Das feierl. Seelenamt findet statt in der Pfarrkirche zu Stadtlohn am Donnerstag, den 26. Januar, morgens 8,20 Uhr, wozu alle Verwandte und Bekannte hiermit freundlichst eingeladen werden.



Wir liefern d2112

Gleich- und Drehstrom-Motore

neu und gebraucht

Hülsbömer & Weischer, Münster i. W.

Laden: Neubrückenstraße 18. Fernr. 2450. Büro, Lager u. Werkstatt: Wermelingstraße 3 a

Ladeneinrichtungen

Ausstellungsschränke . Glastheken . Glasaufsätze



L. H. Christenhusz

Laden- und Schaufensterbau

Münster i. W.

Fabrik: Goldstraße 1, (am Hörsterplatz), Fernruf 760

Verlangen Sie kostenlos Vertreterbesuch.

Für Hausindustrie

sind Strickmaschinen das beste Erwerbsmittel. Auch auf Teilzahlung. Katalog frei. a3331

V. Riesch, Würzburg Sanderring 6

dühner,



junge beste Legerassen reell u. billig. Illust. Katalog frei.

Hofmeier, Hallenstadt 48, Baden.



Sprechapparate in einfacher Ausführung von 20.— Mk. an Alleinvertretung der beiden besten Marken **Electrola, Resonaphon.**

Platten alle Marken. Electrola, Columbia, Grammophon, Parlophon, Odeon usw.

Größtes Grammophon- und Plattenlager hier am Platze.

Musikhaus Fritz Riesenbeck,

Glaspassage Münster i. W. Tel. 1335

Berufungsverhandlung im Limbourg-Prozeß.

Separatist oder nicht?

Köln, 21. Januar.

Der rheinische Provinziallandtagsabgeordnete Dr. Josef Christian Limbourg hatte im vorigen Jahre Beleidigungsklage gegen den verantwortlichen Redakteur des „Stadtanzeiger" der „Kölnischen Zeitung", Dr. Bodens, erhoben. In einem Artikel des besagten Blattes war Dr. Limbourg als Separatist bezeichnet worden. In erster Instanz war Dr. Bodens freigesprochen worden, da ihm nach Ansicht des Gerichts der Wahrheitsbeweis gelungen sei. Im Urteil erster Instanz wurde ausgeführt, daß Dr. Limbourg mit Separatistenführern Umgang pflege, daß er auch von ihm nahestehenden Kreisen sowie von separatistischen Gewährsmännern als eine Stütze des Separatismus bezeichnet worden sei. Gegen das freisprechende Urteil hatte Dr. Limbourg Berufung eingelegt. Der Prozeß in zweiter Instanz begann am 18. Januar vor dem Kölner Großen Schwurgericht und wird sechs Tage dauern. Zu dieser zweiten Instanz sind über 100 Zeugen geladen aus dem ganzen rheinischen Gebiet. Die Verteidigung des Dr Limbourg liegt in den Händen des Justizrats Hahn-Berlin, des Rechtsanwalts Dr. Sack-Berlin und des Rechtsanwalts Dr. Baterodt in Köln. Letzterer ist Fraktionsgenosse Limbourgs in der Fraktion der Wirtschaftspartei im rheinischen Provinziallandtag.

Am Samstag erreichte der Limbourg-Prozeß seinen vorläufigen Höhepunkt. Zunächst wurde Amtsgerichtsrat Liebnig vernommen, der Mitglied der Rheinlandregierung Dortens gewesen ist. Er kann nicht bestimmt sagen, daß Dr. Limbourg sich separatistisch betätigt habe. Der Zeuge hat Dr. Limbourg nicht oft in separatistischen Versammlungen gesehen. Limbourg habe nach seiner Ansicht in der Bewegung eine zweifelhafte Haltung eingenommen.

Als Rechtsanwalt Professor Dr. Grimm an den Zeugen die Frage richtete: Ist Dorten durch die Franzosen finanziell unterstützt worden?, fragte dieser zuerst noch den Vorsitzenden, ob er antworten müsse. Der Vorsitzende bejahte. Darauf bestätigte der Zeuge: Es sind französische Mittel gegeben worden. Einzelheiten sind mir nicht bekannt.

Auf die Frage, ob ihm bekannt sei, daß nach Gründung der Rheinischen Volksvereinigung (13. Januar 1920) am 3. Februar 1920 die Zentrumspartei und am 4. Februar 1920 sämtliche Parteien große Kundgebungen erlassen haben, welche die Bestrebungen der Vereinigung als außerhalb der Verfassung stehend bezeichneten, sagte der Zeuge, daß viele Mitglieder aller Parteien bis zuletzt mit den Mitgliedern der Vereinigung zusammen gearbeitet haben, darunter auch prominente Mitglieder.

Bei der Erörterung der schwierigen Verhältnisse, unter welchen die Reichsregierung damals ihre Verwaltungsmaßnahmen usw. treffen mußte, rief der Rechtsanwalt Dr. Sack (Berlin) die Worte in den Saal: „Die moralische Schuld der Dinge liegt an Berlin!" Diese Worte riefen in dem überfüllten Gerichtssaale nicht geringes Erstaunen hervor. Sofort erhob sich Professor Dr. Grimm und sagte mit betonten Worten: „Im Munde eines Berliner Kollegen klingt diese Bemerkung mehr als sonderbar. Ja, ich finde sie unerhört!" (Beifall im ganzen Saale.) Der Berliner Rechtsanwalt Dr. Sack steckte diese Bemerkung ein ohne nennenswerte Erwiderung.

Es gelangte dann die Anwesenheit Dr. Limbourgs in der eingangs der Zeugenvernehmung erwähnten Versammlung der Rheinischen Volksvereinigung in Bingen zur Sprache. Der Zeuge hatte es so dargestellt, als habe sich Dr. Limbourg hierbei ganz abseits gesetzt, und nur mal, wie seine Mainzer Landsleute sagten, „schnuppern" wollen.

Treffend wiesen sowohl Dr. Conradi wie auch der Vorsitzende den Zeugen darauf hin, daß es sich bei dieser Besprechung doch um eine streng geschlossene Sitzung gehandelt habe. Der Zeuge meinte jedoch leichthin, das stimmte zwar, aber die Vertrauensleute hätten gute Bekannte mitbringen dürfen. Es seien auch keine programmatischen Dinge besprochen worden.

In diesem Augenblick erhob sich Rechtsanwalt Dr. Conradi und zog die Original-Anwesenheitsliste aus der Fülle seines Prozeßmaterials hervor. Die Liste beginnt mit folgenden Namen: 1. Dr. Dorten, 2. Salm, 3. Limbourg (Bitburg).

Ebenfalls erregte das von Dr. Conradi dem Gericht unterbreitete Original-Protokoll der Sitzung stärkste Aufmerksamkeit. In diesem wird eine Reihe organisatorischer Fragen behandelt, und heftig geklagt, daß die gesamte Presse geschlossen gegen die Vereinigung auftrete und die Berichte verstümmelt oder überhaupt nicht brächte. Es wird weiter über die Erfolge der Mitgliedererwerbung, der Versammlungsteilnehmer berichtet und über die Abonnentengewinnung für ihr Blatt.

Dann wurde Oberbürgermeister Dr. Jarres vernommen, der bekanntlich 1923 dem Reichskabinett angehört hat. Er äußerte sich über Verhandlungen, die 1923 mit Wissen der Reichs- und Staatsregierung mit Tirard stattgefunden haben, namentlich deshalb, um wegen Nichtanerkennung der Rentenmark im besetzten Gebiet die Gründung einer rheinischen Notenbank zu betreiben. Weiter sagte er aus: Es ist ein himmelweiter Unterschied, ob ich in qualvoller Lage des Vaterlandes auch mit politisch Andersgesinnten mich an einen Tisch setze und die Möglichkeiten erörtere, welche aus dem Elend führen, daß Reich und Staat ihr Placet dazu geben, oder ob es sich um die separatistische Bewegung handelt, die gestützt und in Fühlung mit dem Feinde ist und gegen den Willen der Reichs- und Staatsregierung arbeitet.

Ueber den Kläger Limbourg sagte Dr. Jarres: Es ist in der Rheinprovinz, überall in den politischen Lagern bekannt, daß die Familie Limbourg mit dieser separatistischen Bewegung zum mindesten in engster Tuchfühlung gewesen ist, und daß sie diese Bewegung auch materiell unterstützt habe. Das ist die Ueberzeugung der ganzen Provinz. Ein naher Verwandter des Privatklägers hat in Düren die separatistische Schreckensherrschaft geführt. Er hat den Landrat oder dessen Stellvertreter mit Gewalt abgesetzt. Ich habe nicht gehört, daß der Privatkläger und seine Familie von diesem Verwandten abgerückt sind. Ausschlaggebend ist für mich zur Charakterisierung des Privatklägers, daß er nach dem 1. Juni 1919 mit Dorten noch in Verbindung gewesen ist und sich mit ihm in Versammlungen gezeigt hat. Es ist in höchstem Maße weiter belastend, daß in dem separatistischen Organ „Der Rheinländer" eine große Reihe von Artikeln mit dem Namen Dr. Josef Limbourg oder Limbourg erschienen sind. Ich weiß wohl, daß behauptet wird, diese Artikel seien ohne Wissen und Genehmigung des Privatklägers abgedruckt worden. Wer aber damals die Zeitung verfolgt hat, dem mußte es auffallen, daß der Name darunter stand und ich begreife nicht, daß es dem Privatkläger nicht aufgefallen ist, und wenn es ihm aufgefallen ist, warum er nicht Schritte getan hat, damit dieser Mißbrauch seines Namens unterbleibe.

Im weiteren Verlaufe seiner Zeugenaussagen erklärte Dr. Jarres, er habe sich nicht gescheut, mit allen, auch mit der äußersten Linken, zu verhandeln, aber mit Dr. Limbourg wurde er nicht verhandeln und sich nicht mit ihm an einen Tisch setzen. Nach längeren erregten Ausführungen sagte Dr. Limbourg zu Jarres: Wenn Sie mir das in Düsseldorf gesagt hätten, so hätten Sie Ohrfeigen rechts und links bekommen. Es entstand eine große Bewegung im Saale, heftiger Protest von allen Seiten. Dr. Jarres forderte Genugtuung für diese Beleidigung. Auf den Rat seines Rechtsanwaltes sucht Limbourg sich darauf zu entschuldigen, indem er Dr. Jarres die Hand reichte, die dieser aber nicht nahm. Rechtsanwalt Sack bedauerte daraufhin, seinem Klienten diesen Rat gegeben zu haben. Er wies darauf hin, daß Dr. Limbourg mit seinen Nerven sicher zu Ende sei und sich nur falsch ausgedrückt habe. Auf Frage des Vorsitzenden erklärte Dr. Jarres, daß er die Sache für erledigt halte.

Die Verhandlung wurde darauf auf Montag vertagt.

Der Zwischenfall in Aachen.

Wie bereits berichtet, wurde die bekannte Gaststätte Zu den vier Jahreszeiten in Aachen durch eine Verfügung des belgischen Platzkommandanten für die Zeit vom 19. Januar bis 6. Februar geschlossen, weil belgische Offiziere in dem Gesang des Deutschlandliedes eine Herausforderung erblickt hätten. Der Tatbestand ist nach der „Köln. Ztg." folgender:

In vorgerückter Stunde und bei angeregter Stimmung spielte das unter der Leitung eines Rumänen stehende Orchester u. a. die beiden französischen Märsche Sambre et Meuse und Lorraine. Keiner der anwesenden Deutschen vermutete darin eine deutschfeindliche Kundgebung. Dann wurde zu Ehren holländischer Gäste die niederländische Nationalhymne gespielt, und als Abschluß des musikalischen Teils des Abends das Potpourri So singt man am Rhein, das mit dem Deutschlandlied endet. Das Publikum sang mit und erhob sich von den Sitzen mit Ausnahme der belgischen Offiziere, die auch nicht aufgefordert wurden. Die Offiziere bekundeten aber auch keinerlei Mißfallen und blieben bis zum Schluß in der Gaststätte.

In maßgebenden Kreisen ist man der Ansicht, daß diese Maßnahme der Besatzung nur dadurch möglich gewesen ist, daß die zuständigen Stellen über den wirklichen Hergang nicht unterrichtet waren, zumal auch keine Verfügung besteht, die das Singen des Deutschlandliedes im besetzten Gebiet verbietet. Eine frühere diesbezügliche Ordonnanz ist inzwischen aufgehoben worden.

Aufklärung eines Mordes nach neun Jahren.

◇ Paderborn, 21. Januar.

In das Paderborner Gefängnis wurde dieser Tage ein auf dem Zementwerk in Geseke beschäftigter Arbeiter eingeliefert, der im dringenden Verdacht steht, vor neun Jahren den Waldaufseher Ewald Schmidt aus Erdinghausen bei Hortheim ermordet zu haben. Im Dezember 1918 wurde die Leiche des Ermordeten, der vorher in Geseke bei Verwandten zu Besuch gewesen ist, im Walde der Geseker Feldmark aufgefunden. Kurz nach Ausbruch der Revolution war in der Geseker Gegend das Wildererunwesen stark verbreitet. In Geseke selbst hatte seinerzeit ein Pionierbataillon Quartier bezogen. Man hatte damals allgemein angenommen, daß wildernde Soldaten die Täter gewesen seien. An dem Tage, an dem der Mord geschehen ist, hörten der Waldaufseher Schmidt und sein Schwager im Walde mehrere Schüsse fallen, die nur von Wilderern abgegeben sein konnten. Sie begaben sich sogleich in den Wald, um nach dem Rechten zu sehen. Kaum hatten sie den Wald erreicht, da krachte aus dem Gebüsch ein Schuß, und Schmidt fiel, von einer Kugel getroffen, zu Boden. Sein Schwager sah vier Männer in Militäruniform und drei in Zivil davonlaufen. Schmidt wurde sofort ins Krankenhaus nach Geseke gebracht und starb dort noch am gleichen Tage an den Folgen der schweren Bauchschußverletzung. In der Folgezeit war es trotz eifrigen Nachforschens nicht geglückt, den Täter ausfindig zu machen, bis vor einigen Tagen einer der Zivilisten im Verlaufe eines Streites den verhafteten Zementarbeiter als denjenigen bezeichnet hatte, der vor neun Jahren den Waldaufseher Schmidt erschossen haben soll. Man hofft, den Täter bald zu überführen, zumal doch sieben Personen in die Angelegenheit verwickelt sind.

Dr. Bröcher zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Köln, 21. Jan. Wie erinnerlich, war der praktische Arzt Dr Josef Bröcher in Köln wegen Mordes, begangen an dem Architekten Bruno Oberreuther, durch Urteil des Schwurgerichts in Köln vom 2. Juli 1927 zum Tode verurteilt worden. Durch Erlaß des preußischen Staatsministeriums vom 18. Januar d. J. ist nunmehr, dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, die Todesstrafe im Gnadenwege in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt worden.

★

Alexander Zubkow.

:: Bonn, 21. Jan. Der Gatte der Prinzessin Viktoria zu Schaumburg-Lippe, Alexander Zubkow, ist, wie bereits gerüchtweise bekannt wurde, einer Heilanstalt in Ahrweiler zugeführt worden. Sein Lebenswandel wird als äußerst locker bezeichnet. Auch soll Zubkow Alkoholiker und Kokainist sein und in Bonner Lokalen mit dem Revolver hantiert haben. Die Prinzessin, die nach wie vor zu ihm hält, führt sein Benehmen auf die Gehirnverletzung zurück, die er unlängst bei einem Motorradunfall erlitt.

Rundfunk.

Langenberg/468,8. Münster/241,9

Montag, 23. Januar.

13.05—14.30 Uhr: Mittags-Konzert. Leitung: Eysoldt. 1. Deutschlands Heldensöhne, Marsch. Derksen. 2. Pesther, Walzer. Lanner. 3. Flotte Burschen, Ouvertüre. Suppe. 4. Melodien aus der Oper „Wilhelm Tell". Rossini. 5. Altolt: Helene Guermanowa 6 1 kleine Suite. Michell. 7. Schönau, mein Paradies. Kutschera. 8. In der Waldschmiede. Eilenberg. — 14,30 Uhr: Funkwerbung: Ratschläge fürs Haus — 16,15 bis 16,45 Uhr: Ewis Borkmann: Frauenstunde. — 16,45—17,30 Uhr: Prof. Dr. Bende. — Dr. Ludwig Mathar: Geschichtsbilder aus Alt-Köln (2): Das sächsische Köln. — Ein Kölner Kaufherr. — 18—19 Uhr: Vesperkonzert. Leitung: Eysoldt. 1. Frühlingserwachen, Marsch. Blon. 2. Liebesengelwalzer. Waldteufel. 3. Ouvertüre zur Oper „Die Regimentstochter" Donizetti. 4. Melodien aus der Oper „Madame Butterfly". Puccini. 5. Rosenlieder Eulenburg. 6 Slawische Tänze Nr. 5 und Nr. 8. Dvorak. 7. Melodien aus der Operette „Die Dollarprinzessin". Fall. — 19-20—19,40 Uhr: Lektor Dr. Heinhauer: Spanische Unterhaltung. — 19,45—20,10 Uhr: Elternstunde. Unser Sorgenkind. Berichterstatter: B. Schmalohr. — 20,15 Uhr: Uebertragung aus der Tonhalle Düsseldorf: Collegium Musicum. Leitung: Dr. Alfred Froehlich. Wiener Walzer. Solistin: Annemarie Lenzberg (Sopran). Walzer von Lanner, Jos. und Johann Strauß. — Anschließend: Letzte Meldungen, Sportbericht. — Anschließend: Funkwerbung: Mitteilungen aus der Geschäftswelt. — Anschließend bis 24 Uhr: Nachtmusik und Tanz. Leitung: Eysoldt.

Der neue FORD IST DA

Schöne Linienführung
Wahl unter vier Farben
Große Geschwindigkeit
Bemerkenswerte Beschleunigung
Elastischer Motor
Vierradbremse
Normale Kugelschaltung
Hydraulische Stoßdämpfer
Zirka 7½ Liter Benzin auf 100 km
Zündungs-Sicherheitsschloß

Charakteristisch Ford'sche Wirtschaftlichkeit und Zuverlässigkeit

KOMMEN SIE HEUTE
zur Besichtigung

Fischer & Co. G. m. b. H., Automobile
Münster i. W.
Telephon 2622 und 4781. Telephon 2622 und 4781.

Rheder Volk

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Nummer

Wann

Von unserer

Die bisherige po
hat nicht den Eindr
der Regierungskoaliti
der volksparteiliche
der Vorsitzende der
von Guérard
Worte gebraucht, die
keiten schließen la
über die Rede des Z
Häuschen geraten. S
gabe die heftigsten A
nationale Blatt schrei

Die scharfe Brüsk
litionspartners ließ
stehenden Verhältnisse
dienst für die Sozial
floß gegen den deut
die schwer qualifizierb
Sozialdemokraten im
Landtage als Muster
für die Forderungen
Konflikt wegen der
Kritik an den Handlu
geflissentliche Hervorh
einstellung seiner Par
Deutschnationalen, da
drückt, Rücksichtslosigke
überlegte, die die Ma
aufzeigen. Zugleich
aller Grenzen des Tak
sen schuldigen Loyalit
Parteivorsitzenden Dr.
Guérard angeschlagene
„Für die Deutsch
nächster Zeit die No
lichen Ueberprü
es mit dem Ansehen u
vereinbar halten könn
proben für ihre K
sie Herr v. Guérard
sucht hat, auszusetzen."

Es sei dazu bemerk
am allerwenigsten Ver
kierung und Rücksicht
dieses Blatt hat wohl
tungen die wenigste R
onsparteien genommen
eigenen Partei beschw
Rücksichtslosigkeit an d
vorsitzende Graf Westa
öffentlich zur Ordnung
betont, daß die Zentru
Vorsitzenden, den Abge
mig zu seiner Rede auto
sie in seiner Reichsagsre
wie die „Kreuzzeitung"
Vorsitzenden der Ze
Marschroute der

Nun müssen wir a
ausfall des Westarpsch
sehr tragisch nehmen.
finstere Wolken
zontaufziehen, k
geleugnet werden G
renzpunkte, so ist doch
an dem die Reg
splittern kann u
vor das Reichsschu
ist die Auffassung der
nen Zeitung", der
gute Beziehungen zur
halte. In diesem Org

„Wir erklären unum
keinerlei Wahrheitsgeh
zu der Einsicht gekomme
Koalition doch nicht zu
manche öffentlich bekann
gewordenen Handlunge
stark von der taktisc
sein, daß ein kräfti
kommenden Parteien a
Erledigung des Schulg
schen Kreisen ist es M
Scheitern dieses Ge
einen solchen Tat
ben an. Vielmehr wi
eine Aktion der
des Reichskanzler
Klarheit über das Schu

Zu einer ähnlichen
die demokratische „Vos
Annahme, das Zentru
schreibt:

„Zu einer Verständi
hat sich die Deutsche
bereitfinden lassen. D
Baden und Hessen — un
den Länder handelt es s
zeit von 5 Jahren vor.
setzt sich dafür ein, in
die Simultanschul
halten und hat in de
sprechungen beteuert, hi
gegenkommens. Es sei
trums, einen Pfl
das Zentrum dazu geneig
Frage. Aber mannigfac
daß die Zentrumsfraktio
übrigen fast unter Dach
nicht wird scheitern lasse

Auf welche Tatsache
den genannten Organe
ist nachgerade unverstän